

II- 5760 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 30.037/54-2/88

2560 IAB

1988 -11- 14

zu 2650 J

1010 Wien, den 9. November 1988
Stubenring 1

Telefon (0222) 75 00

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft

Klappe — Durchwahl

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage des Abgeordneten zum Nationalrat WABL und Freunde
betreffend unerledigte Empfehlungen des Rechnungshofes / (6)
BAS TB 1986 (Nr. 2650/J).

In Beantwortung der gegenständlichen Anfrage beehre ich mich,
zu den Fragen wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Rechnungshof hat dem Bundesminister für Arbeit und Soziales empfohlen, gesetzliche Bestimmungen zu schaffen, welche die Vorgangsweise bei einem Abgang oder Überschuß aus der zweckgebundenen Gebarung der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe in einem Haushaltsjahr festlegen. Der Bundesminister für Arbeit und Soziales erkennt nicht die Notwendigkeit einer solchen Regelung und wird sie daher auch zum Gegenstand der nächsten Novellierung des Bauarbeiter- Schlechtwetterentschädigungsgesetzes machen.

Derzeit sind Vorarbeiten und insbesondere Gespräche mit den Sozialpartnern zu einer grundsätzlichen Neugestaltung der produktiven Arbeitsplatzförderung im Bauwesen (Bau-PAF) im Gange. In deren Zuge soll auch der gesamte Komplex der Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigung, einschließlich der Finanzierung des Schlechtwetterentschädigungsfonds, neu überdacht werden. Es ist nicht sinnvoll und zweckmäßig, durch eine vorgezogene gesetzliche Regelung allfälliger Überschüsse und Abgänge die "große Lösung" zu präjudizieren oder gar unmöglich zu machen.

Wenngleich der Rechtsansicht des Rechnungshofes nicht entgegengetreten werden kann, wird keine unmittelbare praktische Notwendigkeit zu einer Gesetzesänderung gesehen. In der Praxis wird

- 2 -

derzeit bei einem Überschuß gemäß den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften eine zweckgebundene Rücklage gebildet. Nach einem Überschußjahr wird eine geringere Budgetierung vorgenommen und gemäß den haushaltsrechtlichen Vorschriften die zweckgebundene Rücklage für die Überschreitung verwendet.

Der Bundesminister:

